

**N I E D E R S C H R I F T****24. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Wahlperiode 2018 - 2023)**

Sitzungstermin:	Donnerstag, 02.09.2021	
Sitzungsbeginn:	16:07 Uhr	
Sitzungsende:	20:53 Uhr	
Sitzungsort:	media docks Raum MF 500, Willy-Brandt-Allee 31, 23554 Lübeck	
<b>Anwesende Mitglieder</b>		
<b>Vorsitz</b>		
Jörn Puhle - SPD		
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>		
Kristin Blankenburg - SPD		
Aydin Candan - SPD	Vertretung für: Frau Sandra Odendahl	
Dagmar Hildebrand - CDU Stellvertr. Fraktionsvorsitzende		
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>		
Madita Liza Jürk - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	bis 20:10 Uhr, TOP 7.3 Vertretung für: Herrn Bastian Langbehn	
Jose Maria Bernet - Lübecker Jugendring	bis 18:58 Uhr, TOP 5.6	
Karin Burakowski - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Frau Simone Stojan	
Pastorin Dörte Eitel - AG freier Wohlfahrtsverbände		
Britta Ingwersen - Lübecker Jugendring		
Stefan Krause - CDU		
Filip Krubeck - Lübecker Jugendring	bis 18:25 Uhr, TOP 5.3 Vertretung für: Frau Sandra Pereira da Silva David Die Johanniter	
Renate Prüß - AG freier Wohlfahrtsverbände AWO Schleswig-Holstein	Vertretung für: Herrn Jürgen Wecker	
Michaela Vogeler - Die Unabhängigen	Vertretung für: Frau Claudia Petereit	
Jens Zimmermann - CDU	Vertretung für: Herrn Horst Wargenau	
<b>Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht</b>		
Mascha Benecke-Benbouabdellah - Stadelternvertretung	bis 20:00 Uhr, TOP 7.2	
Rafael Jancen - Forum für MigrantInnen		
Renate Junghans - 4.510 Familienhilfen / Jugendamt		
Klaus-Peter Jürgensen - Fachbereichsdienste FB 4		
Lutz RegenberG - Mitglied der Fachgruppe HZE	bis 19:46 Uhr, TOP 6.2	
Birgit Reichel - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt		

Juleka Schulte - Ostermann - Stadelternvertretung	
<b>Verwaltung</b>	
Senatorin Monika Frank - FB 4 - Kultur und Bildung	
Sven Beesel - 4.041 Fachbereichsdienste FB 4	
Hansjörg Diers - 4.041.1 Jugendberufsagentur	bis 18:47 Uhr, TOP 5.5
Sabine Dörre-Brunner - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt	
Thorsten Drescher - 4.401.2 Jugendhilfeplanung	
Sarah Frenz - 4.510 - Familienhilfen / Jugendamt	
Thomas Hailer - 4.041.5 Nordische Filmtage Lübeck	
Renate Heidig - 4.041.2 Jugendhilfeplanung	
Christiane Möller - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt	
Sonja Rieper - 4.401 Schule und Sport	
Petra Scharrenberg - 4.510 Familienhilfen / Jugendamt	
Petra Schmittner - 1.160 Frauenbüro	bis 19:50 Uhr, TOP 6.2
Uta Steinkamp - 4.511 - Kindertageseinrichtungen	
Aiko Wagner - FBC FB 4	
<b>Protokollführung</b>	
Alizay Malik - 4.041 - Fachbereichsdienste	
<b>Gäste</b>	
Jenny Scharfe -	
Dr. Nils Schuhmacher -	
Detlev Wulff - VSE Lübeck e.V./Trägervertreter "I-Pool"	
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Bastian Langbehn - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
Sandra Odendahl - SPD	entschuldigt
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Thomas Grams - AG freier Wohlfahrtsverbände	entschuldigt
Sandra Pereira da Silva David - Lübecker Jugendring Die Johanniter	keine Teilnahme
Claudia Petereit - Die Unabhängigen	entschuldigt
Simone Stojan - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
Horst Wargenau - CDU	keine Teilnahme
Jürgen Wecker - AG freier Wohlfahrtsverbände	entschuldigt
<b>Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht</b>	
Maxim Loboda - Vertretung der Jugend	keine Teilnahme
<b>Protokollführung</b>	
Dana Gladasch - 4.513 - Jugendarbeit	entschuldigt

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.06.2021	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.08.2021	
3	Anliegen der Jugend	
4	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
4.1	Mitteilungen der Verwaltung	
4.1.1	Sitzungstermine für den Jugendhilfeausschuss für das Jahr 2022	<b>VO/2021/10333</b>
4.1.2	Mitteilung zum Stand Vertretungsregelung Kindertagespflege	
4.2	Anfrage von AM Dagmar Hildebrand (CDU): Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes	<b>VO/2021/10148</b>
4.2.1	Antwort auf die Anfrage von AM Dagmar Hildebrand (CDU): Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes	<b>VO/2021/10148-01</b>
4.3	Anfrage von AM Dagmar Hildebrand (CDU): Flächen für Sprayer	<b>VO/2021/10036</b>
4.3.1	Beantwortung der Anfrage von AM Dagmar Hildebrand (CDU): Flächen für Sprayer	<b>VO/2021/10036-01</b>
5	Berichte	
5.1	mdl. Bericht: Kinder in zwei Familien (K2F)	
5.2	mdl. Bericht: Nordische Filmtage Lübeck zur Kinder- und Jugendbeteiligung	
5.3	mdl. Bericht: Offene Kinder- und Jugendarbeit als "neutraler" Freizeitspaß?	
5.4	mdl. Bericht: Demokratie leben!	
5.5	Bericht zum Stand der Digitalisierung in der Jugendarbeit	<b>VO/2021/10365</b>

5.6	Austauschvorlage zu VO/2020/09018-03-01 Bericht zu Eckpunkten eines Konzeptes zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Hansestadt Lübeck	<b>2020/09018-03-02</b>
5.7	mdl. Bericht: Integrierte Kinder- und Jugendhilfeberichterstattung	
6	Beschlussvorlagen	
6.1	Teilhabe an schulischen Ganztagsangeboten für Kinder mit besonderem Förderbedarf - Evaluation der Modellprojekte an der Schule Lauerholz und Maria-Montessori-Schule	<b>VO/2021/10267</b>
6.2	Budgetverträge für Kindertageseinrichtungen, Träger der Schulkindbetreuung sowie von Trägern, für die ab dem 01.01.2022 erstmalig Budgetverträge abzuschließen sind	<b>VO/2021/10338</b>
6.3	Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln gem. § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) für die Produkte Tagespfege und Planung und Bezuschussung KiTa	<b>VO/2021/10340</b>
7	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Ergänzungsantrag zu VO/2019/07824: Jugendhilfeplanung Jugendarbeit in Lübeck 2018	<b>VO/2019/07824-02</b>
7.2	DIE LINKE: Runder Tisch "Kinderarmut in Lübeck"	<b>VO/2019/08275</b>
7.3	Austauschantrag der Fraktion Die Unabhängigen zur VO/2021/10079: Hilfen für Kinder und Jugendliche hinsichtlich deren Betroffenheit durch die pandemiebedingten Umstände	<b>VO/2021/10079-01</b>
7.3.1	Antrag des AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) Antrag zu VO/2021/10079-01 Austausch Antrag der Fraktion Die Unabhängigen zur VO/2021/10079: Hilfen für Kinder und Jugendliche hinsichtlich deren Betroffenheit durch die pandemiebedingten Umstände	<b>2021/10079-01-01</b>
7.4	Fraktionen FREIE WÄHLER & GAL, Die Linke, B90/Grüne AT zu VO/2021/10217 FREIE WÄHLER & GAL: Runder Tisch Nachhaltige Ernährung in Kita und Schulen	<b>VO/2021/10217-01</b>
7.5	DIE LINKE und FW & GAL: AT zu VO/2021/10196 Qualitätskriterien an städtischen Kitas	<b>VO/2021/10196-01</b>
8	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8.1	Antrag des AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) Luftfilter für die Lübecker Schulen und Kitas	<b>VO/2021/10286</b>
8.1.1	Übernahme des Änderungsantrages von Antje Jansen und Katja Mentz (GAL) durch AM Puhle: Änderungsantrag zu VO/2021/10285 Luftfilter für die Lübecker Schulen und	<b>VO/2021/10286-01</b>

	Kitas	
8.2	AM Puhle (SPD): Umbau eines Spielplatzes zu einem inklusiven Spielplatz	<b>VO/2021/10378</b>
9	Verschiedenes	

Öffentlicher Teil:

## **zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen**

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 24. Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Herr Puhle weist darauf hin, dass die Plastiktütchen auf den Tischen für die Mikrofone zu nutzen sind.

Es sind keine zu verpflichtenden Ausschussmitglieder anwesend.

Der Vorsitzende schlägt vor, die TOPs 5.7 und 7.2, aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs, gemeinsam zu beraten.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Frau Eitel meldet sich und erklärt ihre Befangenheit zu den TOPs 7.4, 8.1 und 8.1.1.

Herr Puhle fragt, ob mündliche Anträge zur Tagesordnung gestellt werden und ob es Tagesordnungspunkte unter Ausschluss der Öffentlichkeit gibt. Dies ist nicht der Fall.

Die Tagesordnung ist damit unter Bejahung der vorgeschlagenen Änderungen einstimmig festgestellt.

## **zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

### **zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.06.2021**

Es liegen keine schriftlichen Änderungsanträge zur Niederschrift vor. Der Vorsitzende fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob mündliche Änderungsanträge zur Niederschrift der 22. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 03.06.2021 vorgebracht werden. Dies ist nicht der Fall.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

### **zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.08.2021**

Es liegen keine schriftlichen Änderungsanträge zur Niederschrift vor. Der Vorsitzende fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob mündliche Änderungsanträge zur Niederschrift der 22. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 03.06.2021 vorgebracht werden. Dies ist nicht der Fall.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

## **zu 3 Anliegen der Jugend**

Es gibt keine Wortmeldungen.

**zu 4 Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

**zu 4.1 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 4.1.1 Sitzungstermine für den Jugendhilfeausschuss für das Jahr 2022  
Vorlage: VO/2021/10333**

Die Sitzungstermine werden vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

**zu 4.1.2 Mitteilung zum Stand Vertretungsregelung Kindertagespflege**

Herr Jürgensen berichtet, dass im August mit dem Vertretungsmodell Kindertagespflege begonnen wurde. Es hätten bereits fünf mobile Vertretungskräfte die Tätigkeit aufgenommen, mit weiteren Interessenten werden Gespräche geführt. Für einen Vertretungsstützpunkt wurde ein Standort gefunden, der aktuell renoviert werde. Die Eröffnung soll im September erfolgen. Im kommenden Ausschuss soll daher ausführlicher informiert werden.

**zu 4.2 Anfrage von AM Dagmar Hildebrand (CDU): Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes  
Vorlage: VO/2021/10148**

**zu 4.2.1 Antwort auf die Anfrage von AM Dagmar Hildebrand (CDU): Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes  
Vorlage: VO/2021/10148-01**

Frau Hildebrand bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage.  
Frau Senatorin Frank teilt mit, dass für den Ausschuss im November Herr Nobert Struck eingeladen werde, der zu dem Thema berichten werde.

**Anfrage:**

Anfrage von AM Dagmar Hildebrand (CDU): Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes:

„Am 21.04.2021 wurde das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG – vom Deutschen Bundestag verabschiedet.

- 1) Wie hat sich die Hansestadt Lübeck auf die Umsetzung des Gesetzes vorbereitet?
- 2) Hat das Jugendamt für die Umsetzung des Gesetzes die nötigen Fachkräfte zur Verfügung?

- 3) Wie sieht die Kooperation mit den unterschiedlichen Akteuren in der Hansestadt Lübeck aus, hier: Kinder- und Jugendhilfe, Strafverfolgungsbehörden, Kinderärzte, Jugendamt?
- 4) Wie viele Plätze hat die Hansestadt Lübeck in Kitas für Kinder mit Behinderung und an welchen Standorten“

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**Die Beantwortung der Anfrage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.**

**zu 4.3      Anfrage von AM Dagmar Hildebrand (CDU): Flächen für Sprayer**  
**Vorlage: VO/2021/10036**

**zu 4.3.1    Beantwortung der Anfrage von AM Dagmar Hildebrand (CDU): Flächen für Sprayer**  
**Vorlage: VO/2021/10036-01**

Frau Hildebrand berichtet, dass Flächen zum freien Sprayen für Kinder und Jugendliche benötigt würden. Diese sollen dann auch per Hinweisschild vor Ort oder über eine App, als solche kenntlich gemacht werden.

**Anfrage:**

1. Wo können junge Leute erfahren, welche Flächen offiziell genutzt werden können?
2. Sind diese Flächen gekennzeichnet, so dass für jedermann sichtbar ist, dass die Flächen für diese Art Kunst genutzt werden können?

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**Die Beantwortung der Anfrage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.**

**zu 5      Berichte**

### zu 5.1 mdl. Bericht: Kinder in zwei Familien (K2F)

Frau Junghans und Frau Prüß berichten anhand einer Power-Point-Präsentation (wird der Niederschrift als **Anlage** beigefügt) über die Entwicklungen und Herausforderungen im Pflegekinderwesen. Der Fachdienst „Kinder in zwei Familien (K2F)“ der AWO sei für Akquise, Qualifizierung und Begleitung von Bereitschaftspflegefamilien zuständig. Die vereinbarte Anzahl von 50 Pflegefamilien könne der Dienst derzeit nicht vorhalten.

Frau Hildebrand merkt an, dass sie 45 Plätze in stationären Jugendhilfeeinrichtungen für die dargestellten Altersgruppen als nicht ausreichend empfinde.

Auf Nachfrage von Frau Hildebrand berichtet Frau Junghans, dass gemeinsam mit der Jugendhilfeplanung an einer ausreichenden und bedarfsgerechten Versorgung der Altersgruppen von 0 bis 6 und 6 bis 12 Jahren gearbeitet werde.

Frau Frank ergänzt, dass die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen über Tag und Nacht stark vom Fachkräftemangel betroffen sei und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (BAGLJÄ) sich derzeit mit dem Thema beschäftige.

Herr Regenbergt berichtet, dass gute Rahmenbedingungen für Mitarbeitende die Attraktivität des Arbeitsfeldes erhöhen könnten.

Der Vorsitzende weist auf einen in der Planung befindlichen Fachtag zur Hilfe für Erziehung hin weiterhin bittet er um einen aktuellen Stand zur Entwicklung der HzE-Fallzahlen zur November-Sitzung des Ausschusses.

### zu 5.2 mdl. Bericht: Nordische Filmtage Lübeck zur Kinder- und Jugendbeteiligung

Herr Hailer informiert über ein neues Angebot für Kinder und Jugendliche der Nordischen Filmtage Lübeck. Er und Frau Senatorin Frank danken in diesem Zusammenhang der Possehl-Stiftung für die dafür bewilligte Spende. Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

### zu 5.3 mdl. Bericht: Offene Kinder- und Jugendarbeit als "neutraler" Freizeitspaß?

Herr Dr. Schuhmacher berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation (wird der Niederschrift als **Anlage** beigefügt) über Auswirkungen von politischen Interventionen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Berichte aus der Fachpraxis würden auf Angriffe, Delegitimierungen und Infragestellungen aus der rechten Richtungen hinweisen, die sich gegen generelle Konzeptionalisierungen demokratischer Jugendarbeit richten würden. Verschiedene Fragen zur Neutralität und der Rolle der Jugendarbeit im Kontext von Demokratieentwicklung werden aufgeworfen.

Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Auf Nachfrage von Herrn Bernet berichtet Herr Dr. Schuhmacher, dass es einen Effekt auf Jugendliche haben könne, wenn eine Einrichtung durch politische Interventionen z.B. als „linksextrem“ gelabelt werde, weil sich dort queere Jugendliche trafen.

*Ein stimmberechtigtes Ausschussmitglied verlässt die Sitzung.*

### zu 5.4 mdl. Bericht: Demokratie leben!

Frau Reichel und Herr Jancen berichten anhand einer Power-Point-Präsentation (wird der Niederschrift als **Anlage** beigefügt) über den aktuellen Stand des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.  
 Frau Schmittner weist auf die geschlechtsparitätische Besetzung der sich daraus ergebenden Gremien hin.

**zu 5.5 Bericht zum Stand der Digitalisierung in der Jugendarbeit  
 Vorlage: VO/2021/10365**

Frau Dörre-Brunner und Frau Scharfe berichten anhand einer Power-Point-Präsentation (wird der Niederschrift als **Anlage** beigefügt) vom Stand der Digitalisierung in der Jugendarbeit. Der Ausschuss weist auf eine zeitnahe Umsetzung der Digitalisierung hin.  
 Herr Puhle ergänzt, dass der Bericht aufgrund eines Antrages von Herrn Petereit und Herrn Prieur im Hauptausschuss und im Jugendhilfeausschuss erstellt worden sei. Weiterhin bittet der Vorsitzende auch die Träger der freien Jugendhilfe gleichrangig in das Konzept auszunehmen.  
 Frau Frank weist auf die DSGVO hin, welche zu berücksichtigen sei, weshalb diverse Messenger-Dienste nicht genutzt werden dürften.

**Bericht:**

VO/2021/09797-01 AT zu VO/2021/09797 Antrag des AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Ein Messenger für Lübeck – den digitalen Kontakt zu Jugendlichen und Heranwachsenden nicht verlieren  
 Der Antrag wurde am 11.03.2021 vom Jugendhilfeausschuss einstimmig angenommen.

VO/2021/09794 AM Michelle Akyurt (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Ein Messenger für Lübeck – den digitalen Kontakt zu Jugendlichen und Heranwachsenden nicht verlieren  
 Der Antrag wurde am 23.03.2021 vom Hauptausschuss einstimmig angenommen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
Ohne Votum		

**Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.**

**zu 5.6 Austauschvorlage zu VO/2020/09018-03-01 Bericht zu Eckpunkten eines Konzeptes zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Hansestadt Lübeck  
 Vorlage: 2020/09018-03-02**

Der Vorsitzende fragt, ob es Nachfragen seitens des Ausschusses gibt.

Frau Vogeler schlägt vor, eine Kinder- und Jugendvertretung wählen zu lassen. Sie fragt nach, ob es die Möglichkeiten gebe, das Thema durch die Einrichtung einer FSJ-Stelle zu befördern. Frau Senatorin Frank erklärt, dass das Konzept Module zur Förderung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vorsehe.

Auf eine Nachfrage von Frau Jürk zum nicht auf der Tagesordnung stehenden Antrag VO/2021/10211 „Kinder- und Jugendbeteiligung in allen Ausschüssen“ sichert Herr Puhle eine Klärung zu.

#### **Bericht:**

Die Bürgerschaft hat mit der Vorlage VO/2020/09018-3 die Durchführung eines Fachtages zum Thema Kinder- und Jugendbeteiligung im Rahmen von "Aufwachsen in Lübeck 2.0" beschlossen. Die Ausgestaltung der ebenfalls mit der Vorlage beschlossenen Kinder- und Jugendvertretung sollte auch im Rahmen von "Aufwachsen in Lübeck 2.0" erarbeitet werden und in das Konzept zur Kinder- und Jugendbeteiligung einfließen.

Darüber hinaus hat die Bürgerschaft mit dieser Vorlage die Verwaltung beauftragt:

- den "Handlungsleitfaden Prüfung der Relevanz gem. §47 f GO in den Fachbereichen" kritisch zu überprüfen, gegebenenfalls anzupassen und über diese Prüfung zu berichten
- bezüglich der neu zu schließenden Budgetverträge zu prüfen, wie das Thema Kinder- und Jugendbeteiligung aufgenommen werden kann

Zur Umsetzung des Konzepts werden im Haushaltsbegleitbeschluss derselben Bürgerschaftssitzung 100.000 € für das Jahr 2021 bereitgestellt.

In Anlage 1 finden Sie den Bericht zu Eckpunkten eines Konzeptes zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Hansestadt Lübeck.

Die Eckpunkte sind entwickelt aus den Ergebnissen des Fachtages, der am 19.02.2021 unter Beteiligung von Jugendlichen, Kommunalpolitiker:innen, pädagogischen Fachkräften und Verwaltung stattgefunden hat. Das Papier enthält Empfehlungen, wie die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Lübeck verbindlicher gestaltet werden kann.

Zur Umsetzung aller Bausteine des Eckpunktepapiers wird ein jährlicher finanzieller Aufwand geschätzt, der den gesetzten Rahmen von 100.000€ überschreitet. Aus fachlicher Sicht ist die sukzessive Umsetzung aller Bausteine im vorgeschlagenen Umfang dennoch wünschenswert, um eine ganzheitliche und nachhaltige Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Hansestadt Lübeck zu gewährleisten. Finanziell realistisch ist die Umsetzung von zunächst ein oder zwei Bausteinen. Eine ggf. notwendige Entscheidung zur Priorisierung sollte zwischen Politik und Verwaltung abgestimmt werden.

Anlage 2 beinhaltet den Bericht zur Überprüfung des Handlungsleitfadens.

Anlage 3 umfasst die Überarbeitung des Handlungsleitfadens sowie Arbeitshilfen zum Leitfaden.

Anlage 4 enthält den Bericht zur Prüfung, wie das Thema Kinder- und Jugendbeteiligung in den Budgetverträgen umgesetzt werden kann. Die dort getroffenen Empfehlungen werden für den Bereich Jugendarbeit und Offener Ganzttag bereits umgesetzt

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

## Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

### zu 5.7 mdl. Bericht: Integrierte Kinder- und Jugendhilfeberichterstattung

*Ein weiteres stimmberechtigtes Ausschussmitglied verlässt die Ausschusssitzung.*

Aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs wird dieser TOP gemeinsam mit TOP 7.2 beraten.

Herr Wulff berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation (wird der Niederschrift als **Anlage** beigefügt) über die Sichtweise der Lübecker Armutskonferenz auf die notwendigen Handlungsbedarfe zur Vermeidung von Armut. Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Herr Drescher berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation (wird der Niederschrift als **Anlage** beigefügt) aus der Integrierten Kinder- und Jugendhilfeberichterstattung (IKJB). Die Risikofaktoren für ein gelingendes Aufwachsen seien in der Hansestadt in den Stadtteilen ungleich verteilt. Die Kinder- und Jugendhilfe reagiere mit einem breiten Spektrum von sozialräumlich orientierten Angeboten und Leistungen. Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Auf Forderung nach Chancengleichheit zwischen den Stadtteilen von Frau Hildebrand berichtet Herr Drescher, dass ein Modellprojekt zur Verbesserung der Wirksamkeit von Angeboten und Leistungen im Sozialraum geplant sei.

Auf eine Nachfrage von Frau Schulte-Ostermann zur Heterogenität der Datenlage antworten Frau Senatorin Frank und Herr Drescher.

Frau Prüß regt an, dass ein integriertes Konzept gegen Armut erarbeitet werden sollte. Der Vorsitzende schlägt vor diese Anregung in die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu nehmen. Herr Wulff, Frau Hildebrand, Frau Jürk und Frau Prüß sprechen sich ebenfalls dafür aus, den Antrag zur Erstellung eines Konzeptes zur nächsten Sitzung zu stellen.

Der Vorsitzende lässt über den Überweisungsantrag abstimmen. Abstimmungsergebnis ist unter TOP 7.2 aufgeführt.

### zu 6 Beschlussvorlagen

**zu 6.1 Teilhabe an schulischen Ganztagsangeboten für Kinder mit besonderem Förderbedarf -  
Evaluation der Modellprojekte an der Schule Lauerholz und Maria-Montessori-Schule  
Vorlage: VO/2021/10267**

Auf eine Nachfrage von Frau Schulte-Ostermann antwortet Frau Rieper.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

1. Das Lübecker Konzept „Ganztag an Schule“ wird zur Öffnung der Teilhabe behinderter Kinder an den Regelgrundschulen durch ein Mittagsband erweitert und an bis zu fünf weiteren Schulstandorten mit Förderbedarf ausgebaut.
2. An den Lübecker Förderzentren Maria-Montessori-Schule, Schule Wilhelmshöhe und Matthias-Leithoff-Schule wird ein verlässliches Angebot zur Schulkindbetreuung nach dem Modell Ganztag plus mit jeweils 15 Betreuungsplätzen umgesetzt. Der ergänzende Einsatz von Schulbegleitungen zur sozialen Teilhabe nach dem SGB IX erfolgt durch eine Grundversorgung. Die Auskömmlichkeit der Grundversorgung wird jährlich überprüft.
3. Ein Fahrdienst wird für die Teilnehmer:innen des verlässlichen Betreuungsangebots an den Förderzentren in den Ferien im Rahmen der Regelbetreuungszeit sichergestellt.
4. Die haushaltsmäßige Ordnung ist herzustellen. Die Bedingungen gem. Konsolidierungsvertrag mit dem Land sind zu berücksichtigen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	12
	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.**

**zu 6.2 Budgetverträge für Kindertageseinrichtungen, Träger der Schulkindbetreuung sowie von Trägern, für die ab dem 01.01.2022 erstmalig Budgetverträge abzuschließen sind  
Vorlage: VO/2021/10338**

Herr Kerlin von der FDP meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Kerlin widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht. Auf eine Nachfrage von Herrn Kerlin antwortet Herr Jürgensen.

Auf Nachfragen von Frau Schulte-Ostermann zu den Anlagen und dem Verfahren, wenn das Budget nicht ausreichen würde, antwortet Frau Senatorin Frank. Sie erklärt, dass zum einen die angesprochenen Anlagen erst mit den Trägern einzeln verhandelt würden und zum anderen, dass bei Budgetüberschreitung zunächst vom Vertragspartner der Nachweis zu erbringen sei, dass Ausgaben in einem höheren Umfang entstehen, als im Budget vereinbart.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

Der Bürgermeister wird beauftragt:

1. Budgetverträge nach dem beigefügten Vertragsmuster mit:
  - a. den Trägern von Kindertageseinrichtungen für den Zeitraum vom 01.01.2022 bis 31.12.2024 abzuschließen,
  - b. den Trägern der Schulkindbetreuung für den Zeitraum vom 01.01.2022 bis 31.12.2026 abzuschließen,
2. Budgetverträge nach dem durch die Bürgerschaft am 17.06.2021 beschlossenen Vertragsmuster mit den Trägern abzuschließen, die ab dem 01.01.2022 erstmals einen Budgetvertrag erhalten sollen. Diese Verträge sind für den Zeitraum vom 01.01.2022 bis 31.12.2026 abzuschließen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	12
	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.**

**zu 6.3 Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln gem. § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) für die Produkte Tagespflege und Planung und Zuschussung KiTa  
Vorlage: VO/2021/10340**

Herr Kerlin von der FDP meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Kerlin widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht. Auf eine Nachfrage von Herrn Kerlin zum Zustandekommen des Fehlbetrags erklärt Herr Jürgensen, dass dies u.a. an der Umsetzung der Kita-Reform liege.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

In den nachfolgend aufgeführten Produktsachkonten werden **im Haushaltsjahr 2021** gem. § 82 Abs. 1 GO folgende zusätzliche Haushaltsmittel überplanmäßig bereitgestellt:

<b>Produktsachkonto</b>	<b>Textbezeichnung</b>	<b>Betrag</b>
365001.5318001	Planung und Zuschussung Kita, Zusch.f.lfd.Zw.so.z.o.ä.hnl.Einr.	5.600.000 €
365001.5452000	Planung und Zuschussung Kita, Erstattungen an Gemeinden	334.000 €
361003.5315000	Tagespflege, Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zw.verb.Untern	135.000 €
361003.5331001	Tagespflege, Jugendhilfe außerh.v.Einrichtung	2.100.000 €
	<b>mithin insgesamt</b>	<b>8.169.000 €</b>

Die Deckung erfolgt aus nachstehenden Produktsachkonten:

<b>Produktsachkonto</b>	<b>Textbezeichnung</b>	<b>Betrag</b>
111023.5291000	Leitung, Controlling, Dienste FB 4, Aufwendungen f. Werbung, Info, Dokumentation; geringere Aufwendungen als geplant	25.000 €
361001.5331001	Entgeltermäßigung Kindertagesbetreuung, Jugendhilfe außerh.v. Einrichtungen geringere Aufwendungen als geplant	200.000 €
361003.4211000	Tagespflege, Kostenbeiträge, Aufwendungsersatz	1.150.000 €

	(Elternbeiträge); höhere Erträge als geplant	
365001.4480000	Planung und Bezuschussung Kitas, Kostenerstattungen Bund; realisierte aber nicht geplante Erträge nach SGB IX	4.070.000 €
365001.4482000	Planung und Bezuschussung Kitas, Kostenerstattungen Land; Kostenerstattungen von Gemeinden; höhere Erstattungen als geplant	750.000 €
365001.4140000	Planung und Bezuschussung Kitas, Zuw.u.Zuschüsse v. Bund; nicht geplante Erstattung vom Bund	83.100 €
363002.5332001	Familienhilfen/Jugendamt, Jugendhilfe innerh.v. Einrichtungen; Geringere Aufwendungen als geplant	500.000 €
365002.5241005	Städtische Kindertageseinrichtungen; Aufwendungen f. Reinigung d.Grundst., baul. Anlagen geringere Aufwendungen als geplant	100.000 €
365001.4421000	Erträge aus Verkauf; nicht geplante Erträge	5.000 €
363002.50120001	Geringere Personalkosten – Bereich Familienhilfen / Jugendamt als geplant	300.000 €
362002.50120001	Geringere Personalkosten – Jugendarbeit. als geplant	100.000 €
365001.50120001	Geringere Personalkosten Planung und Bezuschussung Kita als geplant	32.000 €
271001.5019001500	Geringere Personalkosten (coronabedingt geringere Honorarkosten) Volkshochschule als geplant	400.000 €
611001.4121000	Die Deckung erfolgt aus dem unter VO-Nummer VO/2021/09636 beschlossenen Corona-Hilfsfonds	453.900 €
	<b>mithin insgesamt</b>	<b>8.169.000 €</b>

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	12
	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	0
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.**

**zu 7 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

**zu 7.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Ergänzungsantrag zu VO/2019/07824: Jugendhilfeplanung Jugendarbeit in Lübeck 2018  
Vorlage: VO/2019/07824-02**

Frau Jürk beantragt punktweise abzustimmen. Sie erklärt, dass bereits in der Bürgerschaft der Punkt zwei gestrichen wurde und bittet weiterhin um Vertagung von Punkt drei, bis die aktuellen Zahlen vorliegen. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Der Vorsitzende lässt über den Punkt eins abstimmen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	6
	Nein-Stimmen	6
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**Der Jugendhilfeausschuss lehnt den Punkt 1 des Überweisungsauftrages ab.**

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung des Punkt drei abstimmen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	12
	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

**Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig die Vertagung des Punkt 3.**

**Antrag:**

Die Bürgerschaft möge beschließen, die Beschlussvorlage des FB4 (VO/2019/07824) wird um die folgenden Maßnahmen ergänzt:

- 1) Einrichtung einer „Gender-Fachstelle“ für die Bereiche Jugendarbeit, Schule, Kitas, Jugendhilfe
- 2) ~~Einrichtung einer Beratungsstelle für queere Jugendliche, welche über einen Budgetvertrag an den Jugendverband lambda::nord vergeben wird~~
- 3) Einrichtung eines zentralen „Mädchen-Zentrums“, zusätzlich zu den bestehenden Einrichtungen, welche vorerst mit zwei Stellen ausgestattet wird.

Die zu veranschlagenden Mittel werden entsprechend haushaltsmäßig geordnet.

**zu 7.2 DIE LINKE: Runder Tisch "Kinderarmut in Lübeck"**  
**Vorlage: VO/2019/08275**

Aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs wird dieser TOP gemeinsam mit TOP 5.7 beraten.

Protokollierung ist unter TOP 5.7 aufgeführt.

**Antrag:**

Der Bürgermeister wird beauftragt, einen Runden Tisch „Kinderarmut in Lübeck“ einzurichten. Dieser Runde Tisch erarbeitet unter Beteiligung verschiedenster Akteure beispielsweise aus den Wohlfahrtsverbänden, dem Jobcenter, den Wohnungsgesellschaften, dem Gesundheitsbereich, den Sportvereinen, den Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten, weiteren Vereinen und Verbänden, den Schulen und Kindertagesstätten, dem Lübecker Jugendring sowie den Fraktionen einen Maßnahmenplan zur Reduzierung von Kinderarmut in Lübeck.

	einstimmige Annahme	
--	---------------------	--

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Ablehnung	x
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	9
	Enthaltungen	3
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft den Antrag abzulehnen.**

**zu 7.3 Austausch Antrag der Fraktion Die Unabhängigen zur VO/202/10079: Hilfen für Kinder und Jugendliche hinsichtlich deren Betroffenheit durch die pandemiebedingten Umstände  
Vorlage: VO/2021/10079-01**

Auf Nachfragen von Frau Vogeler und Frau Benecke-Benbouabdellah zu den Kosten und der Auslastung der Angebote antwortet Herr Drescher.

Auf eine Nachfrage von Frau Burakowski zum Kulturprojekt „Kultur im Quartier“ antworten Herr Puhle und Frau Frank.

Der Vorsitzende schlägt vor den TOP 7.3 zu vertagen und lässt darüber abstimmen.

**Antrag:**

*Die Verwaltung wird beauftragt:*

1. **zusätzlich** zum Ferienpass kostenfreie und niedrigschwellige Angebote für Kinder und Jugendliche zu ermöglichen: z. B. geöffnete Sportanlagen der Sportvereine, zusätzliche Angebote der Sportvereine z.B. Fußballcamp, Handballwoche, Möglichkeiten für Beachvolleyball, Öffnen der Schwimmbäder für Schwimmkurse, Ausbau der Schwimmkurse in den Freibädern.

Neben den Sportangeboten gilt es zu bedenken: Deutschkurse für Migranten, Verkehrserziehung, Erste Hilfe-Kurse, Angebote von Museen und Theatern, in Uni und TH, Angebote von Externen z.B. Musik-, Kunst-, Sprach- und Tanzschulen, Nachhilfeinstitute, Exeo e.V., Kletterparks und -hallen), Nachhilfe in Schulen in Ferienbetreuung integrieren.

Um für zusätzliches Personal zu sorgen, können Studierende und ggf. ehrenamtliche Helfer mit einbezogen werden.

2. **Feriengutscheine für Kinder und Jugendliche einzuführen** (z. B. mittels Gutscheinen z.B. 2 x 50 Euro - entweder für einen Kurs für 100 Euro oder 2 Kurse (Juli/August/Oktober).

3. **Kurzfristig dafür zu sorgen, dass der Ferienpass und Ferienfahrten und die o.g. Zusatzangebote sowie die Feriengutscheine aktiv an die Kinder und in die Familien getragen werden** (z. B. durch Sportlehrer, Schulsozialarbeiter, Jugendamt, Stadtmütter, Nachbarschaftsbüros). Die Beteiligten sollen gebeten werden, Familien zu informieren und Hilfestellung beim Anmelden und bei der Inanspruchnahme der Angebote zu leisten.

4. **Die Kosten für die Ferienbetreuung in den Grundschulen zu übernehmen und die Ferienbetreuung für alle Kinder zu ermöglichen, sodass viele Familien eine Teilnahmemöglichkeit bekommen und keine zusätzliche finanzielle Belastung haben.**

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Vertagung des Überweisungsantrages einstimmig zu.

**zu 7.3.1 Antrag des AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) Antrag zu VO/2021/10079-01 Austausch Antrag der Fraktion Die Unabhängigen zur VO/2021/10079: Hilfen für Kinder und Jugendliche hinsichtlich deren Betroffenheit durch die pandemiebedingten Umstände  
Vorlage: 2021/10079-01-01**

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

**Antrag:**

Aufstockung des Kulturbudgets für pädagogische und soziale städtische Einrichtungen

Die Stadt möge zusätzliche Mittel aus den Corona-Hilfsfonds 100.000 € zur Verfügung stellen für städtische Kitas, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Nachbarschaftsbüros mit einem höheren Budget um Projekte und Angebote der Kulturvermittlung und Kulturschaffenden durchzuführen.

Ebenso soll die Stadt gewährleisten, dass sich städtische Sozialeinrichtungen unbürokratisch, direkt, eigenständig und ohne Umwege über die Verwaltung an Angeboten des Lernsommers 2021 beteiligen können.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	3
	Nein-Stimmen	9
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

**Der Jugendhilfeausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab.**

**zu 7.4 Fraktionen FREIE WÄHLER & GAL, Die Linke, B90/Grüne AT zu VO/2021/10217 FREIE WÄHLER & GAL: Runder Tisch Nachhaltige Ernährung in Kita und Schulen  
Vorlage: VO/2021/10217-01**

*Ein weiteres stimmberechtigtes Ausschussmitglied verlässt die Ausschusssitzung.*

Frau Eitel verlässt den Raum.

Herr Wagner berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation (wird der Niederschrift als **Anlage** beigefügt) zu TOP 7.4 Runder Tisch Nachhaltige Ernährung in Kita und Schulen. Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Frau Mentz von Freie Wähler & GAL meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Frau Mentz widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Auf Nachfragen von Frau Mentz und Frau Vogeler zu den unterschiedlichen Kosten und der Qualität des Essens antwortet Frau Senatorin Frank.

Herr Kerlin von der FDP meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Kerlin widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht. Auf eine Nachfrage von Herrn Kerlin zur Kontaktaufnahme von Elternvertretern mit den Trägern antworten Frau Rieper und Frau Frank.

Auf einen Hinweis von Frau Mentz und Frau Schulte-Ostermann zu einem aus ihrer Sicht möglichen Zusammenhang zwischen Kinderarmut und Ernährung reagiert Frau Frank.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

**Antrag:**

Der Bürgermeister möge einen Runden Tisch „Nachhaltige Ernährung in Kindertageseinrichtungen und Schulen“ einrichten, um gemeinsam mit Trägern, Elternvertretungen und Schüler\*innenvertretungen, Anbieter\*innen von Mittagsverpflegung und Vertretungen der Fraktionen einen Austausch über Kriterien und Standards einer nachhaltigen Verpflegung in Kita und Schulen zu führen. Auch Vertretungen der Kindertagespflege sollen hierzu eingeladen werden.

Ziel des Runden Tisches soll die Erarbeitung von Mindeststandards sein, die träger- und Einrichtungsübergreifend bei der Ernährung von Kindern und Jugendlichen angewendet werden. Good practice Beispiele, z.B. aus dem Saarland sollen möglichst herangezogen werden, auch um aufzuzeigen, dass es kein Kostenfaktor ist, Kinder und Jugendliche in Kita und Schule nachhaltig zu ernähren.

Ein nach wissenschaftlichen Kriterien erstellter Leitfaden für nachhaltige Ernährung in Lübecker Kitas und Schulen soll darüber informieren, wie sich Familien und sonstige Personen auch privat nachhaltig(er) ernähren können. Der Leitfaden soll auch betrieblichen Kantinen und Mensen von Hochschulen zur Verfügung gestellt werden.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	3
	Nein-Stimmen	6
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**Der Jugendhilfeausschuss lehnt den Überweisungsantrag mehrheitlich ab.**

**zu 7.5 DIE LINKE und FW & GAL: AT zu VO/2021/10196 Qualitätskriterien an städtischen Kitas  
Vorlage: VO/2021/10196-01**

Frau Eitel betritt den Raum wieder.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

**Antrag:**

Die Bürgerschaft möge beschließen:

In die Qualitätskriterien der städtischen Kitas und in die Budgetverträge aller Kindertagesstätten wird die Verpflegung der Kinder und Jugendlichen nach den jeweils geltenden Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung aufgenommen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	0
	Nein-Stimmen	11
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**Der Jugendhilfeausschuss lehnt den Überweisungsantrag einstimmig ab.**

**zu 8 Anträge von Ausschussmitgliedern**

**zu 8.1 Antrag des AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) Luftfilter für die Lübecker Schulen und Kitas  
Vorlage: VO/2021/10286**

Frau Burakowski teilt mit, dass der Antrag zurückgezogen wird.

**zu 8.1.1 Übernahme des Änderungsantrages von Antje Jansen und Katja Mentz (GAL) durch AM Puhle: Änderungsantrag zu VO/2021/10285 Luftfilter für die Lübecker Schulen und Kitas  
Vorlage: VO/2021/10286-01**

Herr Puhle teilt mit, dass der Antrag zurückgezogen wird.

**zu 8.2 AM Puhle (SPD): Umbau eines Spielplatzes zu einem inklusiven Spielplatz  
Vorlage: VO/2021/10378**

Frau Schulte-Ostermann bittet um Ergänzung bzw. Änderung des Antrages. Vereine, Kitas und Schulen vor Ort sollen einbezogen werden. Bei künftigen Umbauten sollen möglichst inklusive Spielplätze aufgebaut werden.

Auf eine Nachfrage von Frau Hildebrand antwortet Herr Puhle.

Der Vorsitzende lässt über den ergänzten Antrag abstimmen.

**Antrag:**

Der Bürgermeister wird beauftragt über die Möglichkeit der Errichtung eines inklusiven Spielplatzes in den Fachausschüssen und der Bürgerschaft spätestens im Januar 2022 zu berichten. Der Bericht soll folgende Punkte beinhalten:

- Mögliche Standorte (z.B.: Spielplatz Kanalstraße, Spielplatz Glockengießerstraße)
- Kosten für die Gestaltung eines inklusiven Spielplatzes (2 Ausbaustufen)

- Abklärung der Fördermöglichkeiten (z.B.: Land Schleswig-Holstein, Aktion Mensch, weitere Stiftungen/Drittmittel)
- Je nach Finanzierungsmöglichkeit ggf. geeigneten Projektpartner für die Erstellung eines Konzeptes aufzeigen

Möglicher Projektablauf mit dem Ziel der Umbaumaßnahme im Sommer 2022

Vereine, KiTas und Schulen vor Ort sollen einbezogen werden. Bei künftigen Umbauten werden möglichst inklusive Spielplätze aufgebaut.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	11
	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft entsprechend des Antrages zu beschließen.**

**zu 9      Verschiedenes**

Es liegt nichts vor.

Lübeck, den 3. November 2021

Jörn Puhle  
Vorsitz

Alizay Malik  
Protokollführung